



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 9.
9. Jahrgang

28. April 1941

Nazis plündern

(ITF) Die Ausplünderung der von den deutschen Truppen beherrschten Staaten des europäischen Kontinents ist durchorganisiert worden. Die Ausplünderungsmethoden wurden zuerst in Polen erprobt, jetzt werden sie in Holland und Belgien, in Norwegen und Frankreich angewandt, auch in Italien, Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Wichtige Industriezentren Europas wurden - für die Dauer der Nazi-Herrschaft - dem Reich einverleibt: Oesterreich, das Sudetengebiet, Oberschlesien, Luxemburg, das Lodzer Textilrevier. Zwischen Deutschland und dem tschechischen "Protektorat" und (seit 1. IV. 41.) Holland existieren keine Zollgrenzen und Währungsschranken mehr. Die Wirtschaft dieser unterworfenen Staaten wird rücksichtslos ausgebeutet. Deutsche Beamte bestimmen, welche Werke Rohstoffe erhalten und arbeiten dürfen und welche nicht. Bei der Verteilung der Aufträge und der Zuteilung der Rohstoffe "muss die deutsche Auffassung des Begriffs kriegswichtig ausschlaggebend sein", erklärt Hitlers Wirtschaftsdiktator im Haag. Sind die Preise niedriger als in Deutschland, so dürften den deutschen Abnehmern nur die niedrigen Preise berechnet werden, sind sie ausnahmsweise höher, so dürfen nur die niedrigeren reichsdeutschen Preise eingesetzt werden. Der Leiter der obersten Preisbehörde des deutschen Reichsprotectors in Prag, Ministerialrat von Busse, erklärte das brutal: Bei Lieferungen ins Reich sei zu berücksichtigen: "wenn der Preis im Protektorat niedriger ist als im Reichsgebiet, welches die Ware abnimmt, kann vom Lieferer höchstens der im Protektorat für die betreffende Handelsstufe zulässige Preis gefordert werden. Wenn jedoch der Preis im Protektorat höher liegt, dann muss bei der Lieferung darauf Rücksicht genommen werden, dass der im Reichsgebiet für die Abnahme zulässige Verbraucherpreis nicht überschritten wird".

Unter diesen Umständen lohnt es sich, tschechische und holländische Arbeiter in ihrer Heimat für die Nazi-Kriegsmaschine arbeiten zu lassen. Mit nach Deutschland verschleppten Arbeitern haben die Nazis häufig schlechte Erfahrungen gemacht, viele Arbeiter sabotierten, arbeiteten langsam oder suchten in die Heimat zu fliehen. Was leicht nach Deutschland transportiert und dort an leicht überwachbaren Arbeitsplätzen beschäftigt werden konnte, ist längst geholt worden. Jetzt scheint es zweckmässiger, fügsamere italienische und ungarische Arbeiter nach Deutschland zu holen und Holländer und Tschechen in ihrer Heimat für die deutsche Kriegsmaschine arbeiten zu lassen. "Es war leichter, Aufträge zu den Arbeitern (nach Holland) zu bringen als umgekehrt die Arbeiter zu den Aufträgen", gab Hitlers Wirtschaftsdiktator in Holland zu. "Das bedeutet jedoch nicht", fügte er hinzu, "dass man nun mit dem Anwerben holländischer Arbeitskräfte für die deutsche Industrie aufgehört hat. Aber das Reservoir geschulter Facharbeiter ist in Holland bereits erheblich ausgeschöpft und ausserdem schien die andere Methode weit zweckentsprechender".

Die Wirtschaft in den militärisch verwalteten Gebieten Belgiens und Frankreichs wird genau so im deutschen Interesse ausgebeutet. "Dem Militärbefehlhaber in Frankreich wurde ausser einem rein militärischen Kommandostab auch ein Verwaltungsstab unterstellt, der 2 Abteilungen, Verwaltung und Wirtschaft, umfasst. In der wirtschaftlichen Abteilung sind die Geschäftsbereiche aller Sparten des Berliner Wirtschaftsministeriums vertreten. Natürlich hat dieser Kopf auch Rumpf und Gliedmassen. Der Zentrale des Militärbefehlhabers unterstehen wiederum in der Unterinstanz die Feld- und Kreiskommandaturen (Geschäftsbereich der Feldkommandatur ist in der Regel ein französisches Departement), auch sie verfügen über besondere Wirtschaftsreferate. Diese deutsche Wirt-

schaftsverwaltung in Frankreich, deren Arme bis zu den einzelnen Betrieben reichen, hat die Aufgabe der Lenkung und Ueberwachung übernommen, während die Ausführung durch die französische Verwaltung selbst geschieht, die in dem neu geschaffenen Wirtschaftsministerium ihre Zentralstelle hat. Dem Wirtschaftsministerium wurde ein Staatssekretariat für die deutsch-französische Zusammenarbeit und 3 weitere für Industrie und Handel, für Arbeit und für Finanzen unterstellt... Nach deutschem Vorbild wurde durch ein am 6. August 1940 in Vichy verkündetes Gesetz eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft geschaffen". ("Münchener Neueste Nachrichten")

Die Arbeiter leiden am stärksten unter dieser Ausbeutung. Wenn das Land leergeplündert wird, wenn lebenswichtige Güter nach Deutschland transportiert werden, spüren die Aermsten den Warenmangel am meisten. Der Druck der deutschen Behörden zwingt die Unternehmer zu schärfster Kalkulation und die Nazis sehen es gern, dass der französische Unternehmer französischen Arbeitern, der belgische Unternehmer belgischen Arbeitern, der holländische holländischen Arbeitern und der tschechische Unternehmer den tschechischen Arbeitern die Löhne drückt. Sie hoffen, dass viele Arbeiter nur sehen, dass sie vom Unternehmer eigener Nationalität ausgebeutet werden und darüber die doppelte Ausbeutung vergessen, dass sich die Empörung der Verelendeten gegen die Unternehmer der eigenen Nation richtet und nicht gegen die blutsaugerische Nazidiktatur.

Damit Löhne gesenkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden konnten, haben die Nazis die Gewerkschaften zerschlagen. Im Deutschen Reich und im polnischen "Generalgouvernement" gibt es keine Gewerkschaften mehr; in Oesterreich, im Sudetengebiet, in Luxemburg, in Elsass-Lothringen wurden unmittelbar nach der Einverleibung die Gewerkschaften aufgelöst. In Holland regiert ein Nazi-Kommissar die Gewerkschaften, in Belgien, im tschechischen "Protektorat" und in Norwegen wird die völlige Gleichschaltung vorbereitet. In Frankreich sollen Pétain und Belin die Gewerkschaften unterdrücken. Zufrieden stellen die Nazis fest: im von Deutschland beherrschten Gebiet ist "der Einfluss der marxistischen Organisationen (d.h. der Gewerkschaften), soweit sie noch erhalten geblieben sind, auf die Lohngestaltung gebrochen, der Klassenkampf als Mittel der Lohnpolitik ist beseitigt worden. In der Mehrzahl der europäischen Staaten ist die Lohnfindung und Lohnfestsetzung nach deutschem Vorbild heute Sache autoritärer staatlicher Dienststellen, die zwar die Beteiligten vor ihrer Entscheidung gutachtlich hören, ihnen aber keine massgebliche Mitwirkung bei der Lohnfestsetzung und der Fixierung der sonstigen Arbeitsbedingungen mehr zustehen... Der Uebergang der Lohnpolitik an den Staat ist für die Neugestaltung Europas (- im Nazi-Sinne - Red.) deshalb von entscheidender Wichtigkeit, weil nur eine autoritäre Lohnpolitik jene Stetigkeit der Arbeitsverhältnisse verbürgt, ohne die keine Arbeitsteilung unter den Völkern (- im Nazi-Sinne - Red.) möglich ist. Im übrigen sind selbstverständlich Streiks und Aussperrungen mit einer staatlichen Lohnlenkung unvereinbar, weshalb nach dem Vorbilde Deutschlands und Italiens in der Mehrzahl der europäischen Staaten Arbeitskämpfe verboten sind" ("Deutsche Zeitung in den Niederlanden").

Die Versklavung der europäischen Arbeiter ist eines der Kriegsziele der Nazi-Diktatur. Schon heute baut sie ihr Sklavensystem aus, um so rasch als möglich mit versklavten Arbeitern ein Dumping zu beginnen, das die Lebenshaltung der amerikanischen und australischen Arbeiter auf das Niveau der Nazi-Arbeitssklaven herunterdrückt.

(Für die Red.: Fischböck, Wirtschaftsdictator in Holland: "Telegraaf", 26.III.; "Handelsblad", 19.III.; "Deutsche Zeitung in den Niederlanden", 18.III. Prag: Rede vom 3.IV. Frankreich: "Münchener Neueste Nachrichten", 30.III.; "Faschismus", 30.XI.30.; über die europäische Lohnpolitik der Nazis: "Faschismus", 3.III.41.)

Dänische Zwangsarbeiter wehren sich

(ITF) 6 - 7.000 nach Deutschland geschleppte dänische Zwangsarbeiter wehren sich gegen ihre Zwingherren. Sie mussten sich nach Deutschland transportieren lassen, aber, berichtet der Bremer Nazisender, "sie gehen oft an 2 oder 3 Tagen der Woche nicht zur Arbeit und die Deutschen haben den Eindruck, dass sich unter diesen 20% (- der 30.000 nach Deutschland gesandten Arbeiter -) Leute befinden, die nur nach Deutschland gingen, um Schwierigkeiten zu machen. Wenn es in einem Arbeitslager zu Differenzen kommt, so sind die Unruhestifter sicher in dieser Gruppe zu finden". Vor allem Kopenhagener Arbeiter seien in Deutschland nicht sonderlich beliebt.

(Für die Red.: Dänische Sendung des Bremer Senders vom 11.IV.; vergleiche über passive Resistenz ausländischer Zwangsarbeiter "Faschismus", 14.IV.41.)

Französische Arbeiter werden betrogen

(ITF) 36.000 Arbeiter sind bisher aus Frankreich nach Deutschland transportiert worden, vorwiegend Bau- und Metallarbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter. Und trotzdem allein

in der Landwirtschaft des besetzten französischen Gebiets 500-600.000 Arbeitskräfte fehlen, verlangt Deutschland Bereitstellung weiterer französischer Arbeiter.

Werber schildern den französischen Arbeitern die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten in Deutschland in den rosigsten Farben. "Anfangs konnten die Arbeiter ihren Familien bis zu 2.500 Franken monatlich überweisen, Junggesellen bis zu 1.600 Fr. Aber das war nicht genug, und nun dürfen Verheiratete monatlich bis zu 3.200 und Junggesellen bis zu 2.500 Fr. heimschicken", hiess es z.B. in einem Propagandagespräch des Pariser Senders. "Das scheint mir sehr viel zu sein", ging das Propagandagespräch weiter. "Ich kenne viele Familien in Frankreich, die mit weniger zu leben haben". Das stimmt vollauf. Aber diese ganze Erhöhung ist nur eine Augenauswischerei, denn im Durchschnitt überwies ein Arbeiter weder 3.200 noch 2.500 sondern gerade 1.500 Franken - musste der Sprecher zugeben. - (Für die Red.: Radio Paris, 10.III.41.)

10Stundentag in Frankreich für Hitler

(ITF) Um, den deutschen Wünschen entsprechend, Arbeiter nach Deutschland senden zu können, hat die Vichy-Regierung für Berufe, für die Deutschland sich interessiert, die Arbeitszeit verlängert. Für die Mehrzahl der Berufe wurde die Normal-Arbeitszeit von 40 auf 48 Stunden pro Woche heraufgesetzt, ohne besondere Genehmigung darf 10Stundentag oder 54Stundenwoche eingeführt werden. Der Ueberstundenzuschlag beträgt nicht mehr wie einst 25%, sondern nur noch 10%.

(Für die Red.: "Journal Officiel", 26.III.41. - Vgl. Italien, "Faschismus", 17.III.41.)

Für wen Hitler kämpft...

hat er auch in Lothringen gezeigt. Die grossen lothringischen Hüttenwerke wurden (Anfang April) deutschen Schwerindustriellen zur Ausplünderung übergeben, zunächst für die Dauer des Krieges. Die Rombacher Hüttenwerke (Société Lorraine des Acieres de Rombas) stehen jetzt unter Verwaltung der Friedrich Flick KG. Berlin, der Kneuttingerkonzern (Société Metallurgique de Knutange) wird vom Klöckner-Konzern verwaltet. Der Röchling-Konzern hat die Verwaltung der Karlshütte (Hauts Forneaux des Acieres de Thionville) in Diedenhofen übernommen. Die treuhänderische Verwaltung des Forges et Acieres de Nord et Lorrain in Uckingen hat die Neunkirchner Eisenwerk A.G., vorm. Gebr. Stumm erhalten, während die Union des Consommateurs et Produits Metallurgiques (die früheren Thyssenschen Stahlwerke in Hagendingen) sowie die de Wendelschen Berg- und Hüttenwerke in Hayingen, Mövern und Rosllingen den Hermann-Göring-Werken zur Verwaltung zugeteilt wurden. Die Abteilung Differdingen, Ottingen und Rümelingen der Hadir (Hauts Forneaux et Acieres de Differdange) unterstehen der treuhänderischen Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke A.G., Düsseldorf, die Werksanlagen der S.A. Ougree-Marinaye, Werk Rodingen, ebenfalls einer deutschen Gruppe.

Sage niemand, dass Hitler sich den Geldgebern, die seine Partei finanzierten, nicht dankbar erweist. Er zeigt sich so dankbar wie ein Räuberhauptmann, der Beute unter seinen Spiessgesellen verteilt. - (ITF)

Leistungsrückgang im deutschen Bergbau

Bergarbeiter gegen Grubenbarone

(ITF) Der Lohnkampf der deutschen Bergarbeiter hat sich verschärft. Da die Leistung der deutschen Bergarbeiter schon in der Vorkriegszeit stark zurückgegangen war, hatte Hitler 1939 einen nationalsozialistischen Scharfmacher zum "Bevollmächtigten für Leistungssteigerung" im deutschen Bergbau ernannt. Er erreichte nicht allzuviel. Die Leistung im Bergbau ist weiter zurückgegangen. Nicht etwa nur als Folge der Jahre unzureichender Ernährung. Der Sonderbeauftragte des Berliner Arbeitsministers für die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen im deutschen Bergbau, Ministerialrat Börger, berichtet vielmehr besorgt im "Reichsarbeitsblatt", dass deutsche Bergarbeiter versuchen, durch "Zurückhalten mit der Leistung" bessere Gedinge-Regelungen zu erzwingen (in der Bergarbeitersprache heisst Akkord "Gedinge").

In deutschen Gruben sei "Drücken des Gedinges", d.h. Verschlechterung des Akkords üblich, sobald der Förderungsanfall im Flöz schlechter werde. Die Grubenherren wälzen auf diese Art das Betriebsrisiko auf die Bergarbeiter ab.

"Dem Bergmann wird also ein Gedinge gesetzt, von dem er von vornherein weiss, dass er einen angemessenen Lohn nicht erzielen wird", schreibt der Nazi-Ministerialrat. "Es ist klar, dass dann das Gedinge als ungerecht empfunden wird und zu Streitigkeiten Anlass gibt".

Der Nazi-Ministerialrat warnt die Unternehmer: Da mitten im Kriege jede Beeinträchtigung der Kohlenproduktion zu vermeiden sei, müsse man mit dem Ausnutzen der "leistungsmindernden Vorschriften der Tarifordnung" - d.h. der Vorschriften, gegen die sich die Bergarbeiter durch Langsamarbeiten wehren - sehr vorsichtig sein. "Die Gedingeschere (d.h. Akkordköpfen) darf nur noch in durchaus begründeten Fällen angewandt werden... Das Ziel aller muss sein, das Vertrauen der Bergmänner zur Gedingefestsetzung wieder zu festigen".

Grubenbarone und Nazis gegen Bergarbeiter

Die Grubenherren aber denken nicht daran, den Bergarbeitern einen angemessenen Lohn zu garantieren. Sie haben sich an Göring gewandt und Göring hat - in den Tagen, in denen die

Warnung des Nazi-Arbeitsministeriums gedruckt wurde! - den Nazi-"Bevollmächtigten für Leistungssteigerung im deutschen Bergbau" abgesetzt und dafür die Unternehmer zu Antreiberkommissaren ernannt. Göring gründete eine "Reichsvereinigung Kohle", der er die gesamte Kohlenwirtschaft und alle deutschen Bergarbeiter unterstellte.

"Das Präsidium der Reichsvereinigung bilden 15 Männer unter Führung Paul Pleigers", berichtet die "Deutsche Allgemeine Zeitung". Herr Pleiger ist von den westfälischen Industriellen schon 1932^a Wirtschaftsberater der westfälischen Nazi-Partei akzeptiert worden, heute ist er einer der leitenden Männer im staatlichen Göring-Konzern. Hervorragende Unternehmer aus allen Bergrevieren sind (im Präsidium) vertreten", berichtet das Blatt weiter, "daneben der Handel. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden im Präsidium ist Herr Wisselmann, der Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau (d.h. des Unternehmerverbandes), 2. Stellvertreter Franz Hayler, der Leiter der Reichsgruppe (Unternehmerverband) Handel. Die übrigen Mitglieder des Gremiums sind Berve (Schaffgotsch-Konzern, Oberschlesien), von Bohlen jun. (Krupp), Brecht (Rheinbraun), Friedrich Flick (an 2 Revieren interessiert), Knepper (Gelsenkirchener Bergwerksverein), Stahl (Mansfeld-Salzdorf-Furth-Konzern), E. Tengemann (Essener Steinkohle), Tobies (Ilsebergbau, also Ostelbier) und 2 Vertreter des Handels (ein Werkshändler und ein freier Händler)".

Alle Grubenkonzerne sind also vertreten, aber kein Arbeiter sitzt in diesem Präsidium, das die deutsche Kohlenwirtschaft dirigieren soll, nicht einmal ein Arbeitsfrontsekretär. Die Unternehmer diktieren!

"Die Arbeitsfront wird in den Ausschüssen mitarbeiten, teilweise an führender Stelle", bemerkt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" trocken.

Die Antwort der Bergarbeiter auf die Verschärfung der Antreiberei wird noch stärkeres "Zurückhalten mit der Leistung" sein.

(Für die Red.: "Reichsarbeitsblatt", 25.III.; "Deutsche Allgemeine Zeitung", 20.III.41.)

Verwahrlosung der Jugend in Nazi-Deutschland

(ITF) In e i n e r Spalte einer Hamburger Zeitung lesen wir untereinander: ein unbeaufsichtigter kleiner Knabe fiel in einen tiefen Graben: "Das Kind drohte schon zu ertrinken

als ein Arbeiter ins Wasser nachsprang". - Ein unbeaufsichtigter "etwa 5-jähriger Junge" spielte zwischen der Kupplung eines haltenden Auto-Lastzuges. "Der zweite Wagen des Lastzuges ging über den Jungen hinweg und verletzte ihn so schwer, dass der Tod sofort eintrat". - Ein unbeaufsichtigter 2 1/2 Jahre alter Knabe spielte auf den Schienen einer Eisenbahn. Eine Lokomotive fuhr ihm den rechten Fuss ab. - Zwei Knaben spielten mit einer Sprengpatrone, die plötzlich explodierte. Der Aeltere musste schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Auf die Berichte über Kinder, um die sich niemand kümmert, folgt ein Bericht über Ergebnisse der Erziehung der Hitler-Jugend:

Vor dem Sondergericht in Hannover standen "zehn jugendliche Angeklagte, meist 17- oder 18jährige Burschen, die sich als Anführer einer richtigen Räuberbande von etwa 25 bis 30 Köpfen betätigten... In einer verrufenen Wirtschaft Hannovers bildeten sie einen Klub. Am Hauptbahnhof und in der Stadtmitte lauerten sie in der Dunkelheit vor Bedürfnisanstalten und bedrohten die Besucher drinnen oder draussen. Wer nicht freiwillig Geld gab, wurde rücksichtslos niedergeschlagen; ebenso, wer zu fliehen versuchte. Totschläger, Schlagringe, Wölzlatten mit Eisenplatten waren ihre Waffen. Ein Einarmiger unter den Jugendlichen benutzte ein schweres Schlüsselbund. Die Ueberfallenen bekamen Schläge und Tritte ins Gesicht, bis sie bewusst-

los waren. Man brach ihnen die Finger und schlug ihnen die Zähne ein. In 36 Fällen raubten die Burschen Gelbbeträge bis zu 100 RM. In einem Dutzend weiteren Fällen 'begrüßten' sie sich mit gefährlichen Körperverletzungen. Ausserdem erbeuteten sie Zigaretten, Füllfederhalter, Armbanduhr, Parfümflaschen, Schals, Handschuhe, eine goldene Uhr und einen Brillantring. Ja, man versuchte, den Ohnmächtigen auch noch die Schuhe ausziehen. Schliesslich spannten die Uebeltäter während eines Fliegeralarms über eine verkehrsreiche Fahrstrasse ein Seil. Ein Wehrmachtswagen fuhr dagegen, zum Glück blieb der Fahrer unverletzt".

Die Mitglieder dieser Bande waren, wie alle ihre Alterskameraden, Mitglieder der nationalsozialistischen Staatsjugendorganisation, der jeder deutsche Jugendliche angehören muss. Leider erwähnt der Bericht nicht, wie hoch der Rang war, den sie in Hitler-Jugend bekleideten.

Wie wir bereits feststellten: alle diese Meldungen fanden wir in einer einzigen Spalte des "Hamburger Fremdenblatts" vom 7. März, im 8. Jahre der nationalsozialistischen "Erneuerung der deutschen Kultur". Es ist eine aufschlussreiche Stichprobe!

"Arbeitervertretung" in Deutschland

(ITF) Die Deutschen sollen bekanntlich das "Herrenvolk" des nazi-beherrschten Europa der "Neuen Ordnung" werden. Aber die deutschen Arbeiter sind in den Betrieben genau so recht-

los wie die Arbeiter in den andern nazi-beherrschten Staaten. Im 2. Monat seiner unumschränkten Polizeigewalt hat Hitler in Deutschland die von den Arbeitern freigewählten Betriebsvertretungen unterdrückt. Als Ersatzgab man den Arbeitern den sogenannten "Vertrauensrat". Jedes Jahr sollten die Arbeiter aus einer vom Unternehmer aufgestellten Liste ihren "Vertrauensrat" wählen; Aufstellung anderer Listen wurde verboten. Der so zustandgekommene Vertrauensrat hat nichts zu sagen, er darf den Unternehmer nur beraten und sogar nur auf Einladung und unter Vorsitz des Unternehmers tagen. Trotzdem sind die Nazis auf diesen "Vertrauensrat" sehr stolz. Dr. Ley bezeichnete ihn einmal (im Juni 1937 in einer Rede in Köln) als "die edelste und beste Form der Sozialordnung".

In den Jahren seit Errichtung der ersten Vertrauensräte ist diese "edelste und beste Form" der Nazi-Sozialordnung zum Gespöt der Arbeiter geworden. 1934 und 1935 versuchten die Nazis noch, die vom Unternehmer zusammen mit der Nazipartei aufgestellten Kandidatlisten durch Betriebsabstimmungen bestätigen zu lassen. Da aber diese Abstimmungen zu Misstrauensdemonstrationen der Betriebe gegen die Nazi-Sozialreaktion wurden, werden seit 1936 die Vertrauensmänner nach Vorschlag des Unternehmers einfach von Nazi-Beamten - den Treuhändern - ernannt. Die Unternehmer betrachten seitdem den Vertrauensrat noch mehr als früher als eine überflüssige Einrichtung.

"In einem Grossteil der Betriebe führt der Vertrauensrat nur ein Scheindasein... er wird überhaupt nicht oder nur zur nebensächlichen Dingen zusammengerufen", stellte die Deutsche Arbeitsfront 1939, 2 Monate vor Kriegsbeginn, fest.

Im Kriege haben die Vertrauensräte, wenn möglich, noch weiter an Bedeutung verloren. Manche Unternehmer arbeiten nur noch mit dem Betriebsobmann zusammen, dem Betriebsfunktionär der Nazipartei, der durch gute Beziehungen unter Umständen besonders einträgliche Staatsaufträge verschaffen kann. Die deutsche Presse bringt die folgende Klage des Berliner Arbeitsministeriums: "zur Vertrauensratsfrage hat der Reichstreuhandler der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwestdeutschland einen Erlass herausgegeben, der auch für das übrige Reich von Bedeutung ist. Er weist darauf hin, dass nach den Beobachtungen die Vertrauensräte in zunehmendem Masse ausgeschaltet und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben fast ausschliesslich auf den Betriebsobmann verlagert werden. Es habe sich in manchen Betrieben sogar die Gewohnheit herausgebildet, dass die Betriebsführer Angelegenheiten, die zum Aufgabenbereich des Vertrauensrates gehören, nur noch mit dem Betriebsobmann besprechen".

Die Nazi-Behörden fürchten, dass bei dieser Praxis die Vertreter der Nazi-Organisationen den letzten Rest ihres Ansehens bei der Belegschaft verlieren. Sie bitten deshalb die Unternehmer, den Vertrauensrat doch wenigstens einmal monatlich einzuberufen. Sie wagen nicht, regelmässige Sitzungen anzuordnen, denn das könnten die Unternehmer ihnen übelnehmen.

(Für die Red.: Deutsche Presse, 31.III.41., "Angriff", 23.VI.39.)

Jüdische Arbeiter in deutschen Betrieben

(ITF) Systematisch haben die Nazis seit 1933 in Deutschland

den Juden alle Arbeitsmöglichkeiten genommen. Erst drückender Arbeitermangel der Kriegswirtschaft hat die Diktatur gezwungen, Juden wieder in Ar-

beit vermitteln zu lassen. In der Regel werden Juden mit Hilfsarbeiten beschäftigt, der Facharbeitermangel aber zwingt dazu, sie häufiger auch mit qualifizierten Arbeiten zu betrauen. Bei diesen Arbeiten ist es nicht immer möglich, jüdische Arbeiter an abgesonderte Arbeitsplätze zu verweisen.

Viele Unternehmer haben den jüdischen Arbeitern den ihnen zustehenden Lohn bezahlt. Die Nazi-Partei hat häufiger dagegen protestiert, sie hat für jüdische Arbeiter niedrigere Löhne verlangt und darauf bestanden, dass ihnen keiner der üblichen Sonderzuschläge bezahlt wird. Denn die Nazis hoffen, dass die Arbeiter unterbezahlte jüdische Arbeiter als Lohndrücker betrachten werden.

Eine Uebersicht, die das Berliner Arbeitsministerium soeben veröffentlicht, zeigt, dass die Bezirkstreuhänder der Arbeit dabei sind, die Wünsche der Nazis zu erfüllen. Jüdischen Arbeitern wird für Arbeit an gesetzlichen Feiertagen der 50%ige Feiertagsarbeitszuschlag nicht bezahlt, auch falls der Betrieb ruht, kein Verdienstausschlag. In einigen Treuhänderbezirken haben die Treuhänder verboten, dass jüdischen Arbeitern die etwa betriebsüblichen Frauen- und Kinderzulagen bezahlt werden oder dass sie betriebsübliche Wochenhilfe- oder Sterbegelder erhalten.

Die Unternehmer erhalten auf diese Art eine besondere Prämie für Ausbeutung jüdischer Arbeiter.

(Für die Red.: Ueber die Lohnsituation siehe "Faschismus", 13.VII.40.; über den 15%igen Lohnabzug siehe "Faschismus", 6.I.41.)

Die Löhne der dänischen Arbeiter (ITF) Die dänischen Gewerkschaften hatten 1939 nach Beginn des Nazi-Krieges mit den Unternehmern vereinbart, dass mit dem Steigen des Lebenshaltungsindex (ab 1.X.39.) die Löhne automatisch erhöht werden sollten. Die Wirtschaftskrise, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen Dänemark so schwer traf, veranlasste die Kopenhagener Regierung, dieses Uebereinkommen vorübergehend ausser Kraft zu setzen. Eine Schiedskommission hat jetzt jedoch dem Antrag der Gewerkschaften entsprechend erklärt, dass der Index-Teuerungszuschlag beibehalten wird. Unter Einrechnung des provisorisch seit September 1940 gezahlten Teuerungszuschlags wird allen Arbeitern, deren Wochenverdienst unter 80 Kronen liegt, ein teilweiser Teuerungsausgleich bewilligt. Arbeiter erhalten 11,75 Oere, Arbeiterinnen 7,35 Oere, Jugendliche 4 Oere pro Stunde mehr.

Die Kopenhagener Presse betont, dass die Zulage die Teuerung nur teilweise ausgleicht.

(Für die Red.: Vergl. "Faschismus", 27.VII.40.)

Jugoslawische Zwangsarbeiter (ITF) Serbische Kriegsgefangene wurden von den deutschen Behörden sofort zur Zwangsarbeit ins Reich transportiert. Die ersten Transporte trafen am 21. April in Berlin ein.

Verbotener Freiheitssinn (ITF) Das Organ der holländischen Nazis, "Het Nationale Dagblad", berichtet böse, dass deutsche Behördenvertreter ihm erklärten: "die holländischen Arbeiter in Deutschland zeichnen sich besonders durch ihre Neigung zum Meckern und ihrem 'Freiheitssinn' aus".- Natürlich setzt das Naziblatt das Wort in ironisch sein sollende Gänsefüßchen.

(Für die Red.: "Het Nationale Dagblad", 12.III.41.)

Illegale Broschüren (ITF) Die Richter der deutschen Landesgerichts in Den Haag sperrten einen höheren pensionierten holländischen Beamten ins Gefängnis, weil er bei der Massenverbreitung einer illegalen Protestbroschüre gegen die Behandlung der Juden durch die deutschen Behörden geholfen hatte.

Junge Arbeiter und Studenten... (ITF) "Intellektuelle, Politiker und Professoren konnten mutige und hoffnungsvolle junge Franzosen, Studenten, junge Arbeiter davon überzeugen, dass es ihre Pflicht sei, sich De Gaulle (- dem Kommandierenden der Freien Französischen Streitkräfte -) anzuschliessen," klagt der der Pétain-Regierung unterstehende Sender Lyon. Ja, junge Arbeiter und Studenten glauben, "dass die Lügen, die De Gaulle Nacht für Nacht durch seine Radiostationen senden lässt, Wahrheit enthalten, dass man über die Demarkationslinie (- die das besetzte französische Gebiet vom unbesetzten trennt -) nach Portugal gehen und sich der Bewegung der Spalter anschliessen müsse".

Unter dem Druck der Stimmung der Arbeiter haben die Kommunisten ihre Partei-"Linie" ändern müssen. Auf einer Parteikonferenz der Kommunisten

wurden noch die alten Moskauer Richtlinien vorgetragen und verlangt, dass die französische Freiheitsbewegung genau so scharf bekämpft werden müsse wie Pétain. Die Delegierten aber, die die Stimmung der Arbeiter besser kannten als die Vertreter Moskaus, erklärten, dass die kommunistischen Funktionäre bei den Arbeitern jedes Vertrauen verlieren würden. Die "Linie" wurde entsprechend geändert.

(Für die Red.: Radio Lyon, 18.IV.; die Konferenz der kommunistischen Partei Frankreichs fand um die Jahreswende statt.)

Das englische Seemannsheim in Rotterdam

"Haus der Seefahrt" umgewandelt worden. - (ITF)

ist vom deutschen Militärbefehlshaber in ein deutsches

Ausschaltung der Gemeinde-selbstverwaltung in Belgien

Recht, unbeschränkt nach dem Führerprinzip zu regieren. Viele der Bürgermeister sind bereits durch Nazis ersetzt worden.

(Für die Red.: Ausschaltung in Frankreich: "Faschismus", 6.I., in Norwegen: "Faschismus", 20.I.41.)

Die holländische Gewerkschaftspresse

"Arbeit" weitererscheinen. - (ITF) - (Für die Red.: "Faschismus", 17.II.41)

sollte von den Nazis unterdrückt werden. Der Widerstand war aber so gross, dass die Nazis erlaubten, dass bis auf weiteres die einzelnen Bundesorgane neben dem zentralen Wochenblatt

Norwegische Gewerkschafter gegen Gleichschaltung

gen, auf der Jens Tangen persönlich die Opposition mundtot machen wollte, sollten möglichst alle Funktionen durch norwegische Nazis besetzt werden. Man fand nicht genug. Es wurden dann Kommunisten und schliesslich Leute, die sich früher nie gewerkschaftlich betätigt hatten, zu Funktionären bestimmt. - In verschiedenen Städten zirkulierten unter den Gewerkschaftern Flugblätter, in denen die neue Leitung der Landeszentrale, vor allem Jens Tangen, scharf angegriffen wird. Es wird Tangen vorgeworfen, dass er mit der Quislingschen Nazipartei über die Einführung der "Neuen Ordnung" in den demokratischen norwegischen Gewerkschaften verhandelt.

Norwegische Gewerkschafter durch Deutschland geführt

da mit der Reise gemacht: 'Ihr werdet endlich erfahren, wie gut es den deutschen Arbeitern geht.' Nach der Rückkehr der Kommission hat man nicht viel von den Ergebnissen der Reise gehört. Es ist durchgesickert, dass die Delegierten sich darüber beklagt haben, dass sie sich in Deutschland nicht frei bewegen konnten, dass sie vor allem nicht ohne Aufsicht mit deutschen Arbeitern sprechen konnten. Sie haben deshalb nicht einmal erfahren können, ob die Tariflöhne, von denen ihnen erzählt wurde, überhaupt bezahlt werden. Man hatte ihnen versprochen, dass sie auch nach Kopenhagen und Prag kommen sollten. Doch nach beiden Städten liess man sie nicht.

Die Delegierten haben den Eindruck, dass es den Nazis nicht darum ging, dass sie Deutschland kennen lernen konnten, sondern dass man die Reise aus innerpolitischen Gründen veranstaltete; man wollte den deutschen Arbeitern die norwegischen Gewerkschafter als gezähmte Tiere aus dem Tierpark der "Neuen Ordnung" vorführen.

Stimmungsbild aus Köln

der in Köln die Runde macht, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung westdeutscher Rüstungsarbeiter: aus dem Hauptwerk verschwanden häufig Arbeiter, die Kollegen vermuteten, dass die Gestapo sie verhaftet hatte. Sie kamen schliesslich dahinter, wer der Denunziant war und eines Morgens hing der Denunziant an einem Balken der Werkhalle. Drei Männer des polizeilichen Sicherheitsdienstes kamen, um den Fall zu untersuchen. Sie wurden verprügelt. Darauf kam S.S. Die Arbeiter weigerten sich, unter SS-Bewachung zu arbeiten. Es gab eine peinliche Situation, beide Teile wussten nicht, wie es weiter gehen sollte. Da erschien ein Offizier, stieg auf ei-

(ITF) Ein Bericht über einen Zwischenfall im Köln-Deutzer Motorenwerk des Klöckner-Konzerns,

ne Maschine, gebot Ruhe und erklärte: 'Ich komme im Auftrag Görings. Jetzt kommt es nur darauf an, dass gearbeitet wird und nicht auf kleinliche Untersuchungen. Wir werden diesen Fall bis Kriegsende nicht untersuchen. Wir ziehen die S.S. zurück und Ihr arbeitet'. - Und so geschah es.

Unser Berichterstatter hat weder den Denunzianten hängen sehen noch war er dabei, als die Polizisten verprügelt wurden. Wir können daher nicht sagen, ob sich der Zwischenfall genau so abspielte wie er uns berichtet wurde. Aber der Zwischenfall wird in Kölner Betrieben so erzählt, wie wir ihn wiedergeben - ein Zeichen dafür, dass die Arbeiter wissen, dass das System sie nicht entbehren kann und dass der Terror des Systems seine Schrecken zu verlieren beginnt.

Sklavenhandel in Spanien

(ITF) Die Falange-Diktatur betätigt sich als Arbeitssklavenhändler, sie leiht politische Gefangene an Privatunternehmer aus. Die Unternehmer müssen der Staatskasse den vollen Normallohn zahlen, dem Gefangenen wird nur ein Teil des Arbeitsverdienstes gutgeschrieben. Madrid berichtet jetzt stolz, dass die spanische Staatskasse mit diesem Menschenhandel im Jahre 1940 2 Millionen Pesetas verdient hat.

Als Franco Mitte 1940 ankündigte, dass politische Gefangene einen Teil ihrer Haft abarbeiten könnten - für jeden Tag Zwangsarbeit sollten 2 Hafttage erlassen werden - machte die ihm freundliche Presse viel Aufhebens von dieser scheinbar so grosszügigen Geste. Jetzt erfährt man, dass von den Hunderttausenden Gefangenen der spanischen Diktatur nur ganze 18.739 einen Teil ihrer Haft durch Arbeit ablösen konnten.

Kuchen - kein Brot

(ITF) Von Maria Antoinette, der französischen Königin, die unter der Guillotine endete, wird erzählt, dass sie sich höchlichst darüber wunderte, dass demonstrierende Arbeiterfrauen Brot verlangten. "Weshalb essen sie denn keinen Kuchen", soll sie gefragt haben.

Aehnliches wiederholt sich in Spanien. Es gibt kaum Brot in Spanien. "Wer heute in Madrid zum Bäcker geht, der wird höflich, fast herzlich, auf eine spätere Stunde vertröstet", berichtet die Deutsche Arbeitsfront aus Madrid. "Er geht morgens um 6 Uhr, er kommt wieder um 9, aber manchmal kommt erst am Nachmittag um 5 Uhr und auch öfter Abends um 9 Uhr das erste Brotstück an. Die Spanier tun ihr Bestes, um die sozialen Unterschiede auszugleichen. Die reichen Leute, die Fleisch und Kartoffeln kaufen können, erhalten nur 30 Gramm (Brot) am Tag, die weniger Reichen bekommen schon 160 Gramm. Die Aermsten dagegen erhalten 250 Gramm pro Kopf zugeteilt. So steht es jedenfalls auf den Brotkarten..."

aber in den Schaufenstern der Konditoreien sieht man den schönsten Kuchen - für die Spanier, die ihn bezahlen können.

Und Kuchen ist nicht rationiert. Nur Brot...

(Für die Red.: "Angriff", Berlin, 7.II.41.; Bericht aus Madrid.)

Jagd auf Kinder

(ITF) Ein Nazi-Journalist sandte seiner Hamburger Zeitung den folgenden Bericht aus Madrid. Er ist davon überzeugt, dass er mit seiner Schilderung die Falange-Diktatur lobt!

50 Gefangene täglich! - "Zweimal am Tage, gegen Mittag und gegen Abend, fährt ein schwarzglänzender Personenwagen mit zwei weissbeschürzten Helferinnen vom Auxilio Social (der Wohlfahrtsorganisation der faschistischen Falange-Partei) durch die Strassen Madrids, um bettelnde Kinder zu sammeln. Zweimal am Tage kehrt dieses Auto, beladen mit einem traurigen Erbe des Bürgerkrieges, in die Kindersammelstelle des Auxilio Social zurück. Zweitausend Kinder sind bis jetzt in den Strassen der Hauptstadt aufgelesen worden; täglich kommen rund fünfzig dazu.

"Opfer des Bürgerkrieges... Der harte Winter, das knappe Brot, die Arbeitslosigkeit, durch den Bürgerkrieg zerrüttete Familien, die vielen hilflosen Halb- und Vollwaisen - das alles trug dazu bei, dass die Zahl der bettelnden Kinder sich so stark vermehrte. Nunmehr (- nach 24 Monaten - Red.) entschloss sich der Staat zu einer tiefgreifenden sozialen Notaktion. Dieses Wort von der Recogida de Niños wiegt schwer. Die gesammelten Kinder werden nämlich den Eltern, soweit sie noch welche haben, nicht mehr zurückgegeben. Sie werden in staatlichen Heimen aufgezogen und versorgt, bis zu dem Zeitpunkt, da sie einen Beruf erlernt haben. Eltern oder verwandte können die Kinder besuchen, aber sie bleiben Zöglinge des Staates". Die Regierung hat die Durchführung dem Auxilio Social der Falange-Partei übertragen.

haben wir u.a.:

Solidarität mit den Seeleuten

(ITF) Radio Oranje sandte die folgende Erklärung des holländischen Schiffahrtsministers im Namen der holländischen Regierung: die deutschen Besatzungsbehörden haben erklärt, dass sie verhindern wollen, dass den Familien holländischer Seeleute, die auf freien niederländischen Schiffen fahren, weiter der ihnen zustehende Teil der Heuer von den Reedern ausbezahlt wird.

"Die königliche niederländische Regierung garantiert die Ausbezahlung aller Beträge, die bereits den nächsten Verwandten holländischer Seeleute überwiesen wurden oder noch überwiesen werden. Diese Regungsgarantie gilt für die volle Höhe der für die Angehörigen festgelegten wöchentlichen oder monatlichen Ueberweisungen und für die Höhe der Beträge, die bisher von anderer Stelle den Angehörigen der Seeleute ausbezahlt wurden. Soweit durch Massnahmen des Feindes den Seeleutefamilien weniger ausbezahlt wird als ihnen zusteht, erwarte ich von den Landsleuten im besetzten Gebiet, dass sie den Betroffenen in der obenangegebenen Weise helfen und weiter helfen. Ihr könnt sicher sein, dass Euch die Beträge, die Ihr auslegt, seiner Zeit vollständig zurückgezahlt werden. Ich weiss, dass dieser Appell befolgt werden wird".

(Für die Red.: Nazi-Drohung: Hilversum, 11.IV.; Radio Oranje: 18.IV.41.)

Fortsetzung von Seite 78.

"Erschütterndes Kinderelend - 'Wir tun was wir können', sagt die Schwester auf der Kindersammelstelle des Auxilio Social... 'Wir tun alles, aber die Not ist gross und wir haben Anweisung, nur die Bettelkinder aufzunehmen. Haben Sie nicht die Kinder vor dem Eingang gesehen? Den ganzen Tag warten sie, um von uns aufgenommen zu werden, aber wir müssen beim Schlimmeren anfangen'..."

"Sparkonto aus Bettelgeld - Jedes eingelieferte Kind bekommt eine Kartothekkarte. Darauf notiert man neben seinem Namen und dem der Eltern, in welcher Strasse man es auffand, ob es lesen und schreiben kann, wie es gekleidet war, ob es getauft ist, ob es die erste Kommunion hatte, ferner etwaige Krankheiten und in welches Heim es weitergeschickt wird. Für jedes Kind wird ein Sparbuch der Postsparkasse angelegt, mit dem Geld, das es sich an diesem Tage bereits erbettelt hatte. Denn der Staat will nicht das erbettelte Geld für sich. Es gibt manchmal Kinder, bei denen man zwanzig Pesetas und mehr findet und die zu wahren Ernährern der Familien geworden sind. Diese Eltern wollen sich natürlich am wenigsten mit der Recogida abfinden und bemühen sich, freilich vergeblich, die Kinder wieder herauszubekommen. Umgekehrt musste kürzlich eine Warnung in der Madrider Presse veröffentlicht werden, dass man diejenigen Eltern strafe, die trotz eines festen Einkommens ihre Kinder deshalb zum Betteln schickten, damit sie das Auxilio Social aufnehme..."

"Mütter fliehen - "An einer Ecke begegnet dem Auto eine bettelnde Frau; das Jungste trägt sie auf dem Arm, ein Dreijähriges führt sie an der Hand. Aber die Mutter will sich natürlich doch von keinem ihrer Kinder trennen und weint und fleht, als man ihr das Dreijährige entführt. 'Dem Kind geschieht nichts, es wird's viel besser haben', ruft die Schwester, 'jede Woche kann es die Mutter besuchen'. Schon wird die Kleine ins Auto gehoben, schon gibt der Chauffeur Gas, schon weiss das kleine Wesen nicht mehr, ob es weinen oder lachen soll, als es sich in Gesellschaft von weit aus mehr frohgemuten als bange Kindern sieht, die sich zumindest alle auf ein richtiges Mittagessen freuen. Nur zuletzt auf der Rückfahrt schon sucht ein bettelndes Mädchen zu entwischen. Es hat das Auto erkannt und läuft fort. Das Auto ist schneller. Schwestern und Chauffeur fangen die Kleine ein, und nun ist wirklich kein Platz mehr, über zwanzig sind es..."

Das "Hamburger Fremdenblatt" veröffentlichte diesen Bericht am 19.III. 1941 - 2 Jahre nach Errichtung der Falange-Diktatur!

Die Bräute der deutschen Offiziere

(ITF) Einen aufschlussreichen Einblick in die Verhältnisse der deutschen Etappe gibt ein Erlass des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht zur Frage der Beschäftigung von Familienangehörigen von Soldaten und Wehrmachtsangestellten in den besetzten Gebieten: "Die Beschäftigung von Ehefrauen oder Bräuten oder anderen Familienangehörigen als Angestellten in der eigenen Dienststelle und demselben Dienstort sowie ihre Unterbringung in demselben Ort wird für alle Wehrmchtsangehörigen und Angestellten der Wehrmacht verboten", heisst es in diesem Erlass. Bisher waren also zuviel Offiziersbräute im Dienstort und in der gleichen Dienststelle beschäftigt. Jetzt müssen die Bräute im Nachbarort wohnen.

(Für die Red.: Deutsche Presse, 31.III.41.)